

# Stoppt die Zukunftskiller!

von Hanno Wisiak, Student

Die Bundesregierung will die Kosten der Bankenrettungspakete der Masse der Bevölkerung aufbürden. Massensteuern werden erhöht, und die angebliche Bankenabgabe soll von den Kunden bezahlt werden. Der freien Hochschulzugang und die soziale Absicherung der Studierenden werden damit abgeschafft.

## Kürzung der Familienbeihilfe.

MaturantInnen, die künftig studieren wollen und dazu die Familienbeihilfe brauchen, müssen Glück haben. Wer von einer HAK oder BHS kommt, hätte schon einmal ein Jahr der Bezugsberechtigung verloren; jene, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren, ein weiteres. Wer noch dazu das Pech hat, durch den Mangel an Seminar- und Laborplätzen ein Semester zu verlieren, schaut endgültig durch die Finger. Mit dem Verlust der Familienbeihilfe fallen für die Betroffenen auch Ermäßigungen – wie etwa beim öffentlichen Verkehr – weg.

## Zugangsbeschränkungen.

Über die Hintertür der sogenannten „Studieneingangsphasen“ (STEP) soll der freie Hochschulzugang ausgehebelt werden. Schon jetzt benachteiligen die Aufnahmetests auf den Medizin-Unis überwiegend diejenigen, die sich die tausende Euro teuren Vorbereitungskurse nicht leisten können.

Durch die STEPs in den „Massenfächern“ werden nun Tausende in andere Studien abgedrängt, die ihrerseits dann um Zugangsbeschränkungen



Foto: Sarah Kröpfl

betteln werden. Ein Teufelskreis wäre in Gang gesetzt.

## Folgen

Sehenden Auges rennt die Regierung in die soziale Katastrophe. All jene, die durch die neuen „Zugangsregelungen“ um ein Studium gebracht werden, bilden ein Heer aus arbeitslosen MaturantInnen. Das akademische Proletariat, das nach dem Bachelor mangels finanzieller Grundlage nicht mehr weiter studieren kann, wird auf dem „Arbeitsmarkt“ auch kaum Chancen haben.

Die wahren Pläne der Regierung treten klar zutage: Hauptberufliche Söhne und Töchter zahlen sich durchs Studium und werden in Zukunft die einzigen sein, die wiederum imstande sind, auch ihren Sprösslingen eine solide Bildung zu finanzieren.

**Bundesweite Demonstration gegen das Belastungspaket: „Kein Sparen bei Kindern, Jugend und Familien!“**

**27. November 2010, 13 Uhr**  
WIEN - Treffpunkt vor dem Finanz- und Familienministerium (Urania)

**Busse aus Graz:**  
27.11. Abfahrt: 10:00, Vor der Universität Graz, Universitätsplatz 3  
Anmeldung auf <http://oehweb.uni-graz.at>

**ODER: Abfahrt: 10:00 Treffpunkt: Alte Technik Graz, Rechbauerstraße 12**  
Anmeldungen: [demobus@htu.tugraz.at](mailto:demobus@htu.tugraz.at)

**ÖGB-Bus**  
Treffpunkt: 27. November 2010, 10.00 Uhr, ÖGB Graz, Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz  
Anmeldungen für die Teilnahme unter: [marion.mirtl@oegb.at](mailto:marion.mirtl@oegb.at), 0316/7071-217

# Belastungspaket den Absender!



**Das Belastungspaket ist ungerecht. Es trifft die Mehrheit der Bevölkerung. Es verschont die Banken und die Superreichen.**

Den Superreichen geht es so gut wie nie. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten pro Jahr zwischen 8 und 10 Prozent. Diese märchenhafte Geldvermehrung hat nichts mit Arbeit oder Fleiß zu tun. Im Gegenteil, wir alle bezahlen für den wachsenden Wohlstand der Superreichen. Mit dem Rettungspaket für Millionäre und Banken – und dem